



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



www.atomgegner.at

Nr. 4 / Dezember 2020

www.prodemokratie.com

Liebe Kolleginnen und Kollegen!



(Bilder von einigen unserer Aktivitäten aus den Vorjahren)

**Wir wünschen Euch erholsame Feiertage zum Krafttanken,
und freuen uns auf die gemeinsame Arbeit für eine bessere Zukunft!**

Fragen und Antworten zu Covid-19!

Wie verlaufen die medizinischen und politischen Entwicklungen in dieser Pandemie?

Die Lage ist wirklich dramatisch. Es war aber bei einigermaßen kundigem Betrachten der Daten schon seit dem Sommer klar, dass die Entwicklung der positiv Getesteten pro 100.000 Einwohner exponentiell verläuft und zu den jetzigen Zahlen führen wird. Zum Beispiel hat der Mathematiker und Statistiker Erich Neuwirth, emeritierter Professor an der Uni Wien, die aktuellen Corona-Entwicklungen seit Ausbruch der Pandemie auf seinem Blog beobachtet und kommentiert.

<https://just-the-covid-facts.neuwirth.priv.at/2020/11/15/covid-19-oesterreich-aktuelle-daten/#registrierte-infektionen-pro-100.000>

Darauf gründet sich auch die heftige Kritik an der monatelangen Ignoranz und dem dann verspäteten Reagieren seitens der Bundesregierung. Die Aussagen der Regierung, dass die Entwicklung vor drei Wochen nicht absehbar gewesen sei, sind schlichtweg falsch. **Die exponentielle Entwicklung war schon seit Mitte Juni deutlich erkennbar**, „wenn man auf einer Grafik die logarithmische Skala verwendet“, dann ist ohne Maßnahmen beim Fortsetzen der Funktion bis zum Greifen der mit dem „Lockdown“ gesetzten Maßnahmen mit über **10.000 täglich neu Coronavirus positiv Getesteten bis Ende November** zu rechnen, bis es mit den Zahlen wieder bergab gehe. Mit dem „weichen Lockdown“ war bei zahlreichen Ausnahmen und Umgehungen nur ein Eindämmen auf sehr hohem Niveau (6000 täglich neu positiv Getestete) möglich. Resultate von Einschränkungen der Mobilität werden jedoch erst zwei Wochen nach Beginn der Maßnahmen spürbar. Man hat sich aber mit vollständiger Ignoranz und Selbstbeweihräucherung über diese Fakten hinweggemogelt um vorerst die Fremdenverkehrswirtschaft mit zahlungskräftigen ausländischen Besuchern (vorwiegend Deutsche und Holländer) abzusichern. Trotz der propagandistischen Absichtserklärung das Gast- und Hotelleriepersonal testen zu wollen, war man froh, dass letztlich die Inländer die Sommer-Saison retteten. Weiters hat man Urlaubsrückkehrer, Erntehelfer, Schlachtarbeiter, Bauarbeiter, 24h-Pflegerinnen, das Pflegepersonal für Altenheime und Putzfrauen aus den Nachbarländern bis zuletzt „testfrei“ einreisen lassen und die Entwicklungen in den Herkunftsländern total ausgeblendet, oder die dort, durch absichtlich niedrige Testraten produzierten, geringen Infektionszahlen, einfach akzeptiert, um den in Europa so heiligen freien Wirtschaftsverkehr aufrecht zu halten. Das Wichtigste waren der unbehinderte Warenverkehr mit LKW und der Personenverkehr für billigste Arbeitskräfte, für welche dann propagandistisch sogar Sonderflüge und Zugreisen organisiert wurden. 70% der zweiten Welle in Bayern wurden durch Grenz-Pendler verursacht, bei uns

wollte man das gar nicht erheben und man hat weite Teile Kroatiens, Bulgariens, die Slowakei und Ungarn zu sicheren Gebieten erklärt, damit die Einreise ohne Auflagen möglich ist.



Das heißt, man hat Monate lang nichts getan, bzw. nur Absprachen mit den Nachbarländern für offene Grenzen, für den Warentransit und für Pendler getroffen und jetzt brennt der Hut. Spätestens Ende August hätte man an Stelle des Wien-Bashings, wegen z.B. der Nichteinbeziehung der Polizei beim Contact Tracing landesweite Maßnahmen vollziehen müssen. Die Sicherung des Personals für das Contact Tracing (besonders dafür wäre leicht Personal einsetzbar), Organisation, oder zumindest Erhebung von Spitalskapazitäten und vor allem die Sicherung des Personals in Spitälern und Altenheimen. Das Personal hätte systematischer und strategischer Testung unterzogen werden müssen. Zudem hätten 24h-Pflegerinnen und alle Pendler über Landesgrenzen regelmäßige getestet werden müssen. Aber es ging lediglich um die Rettung der Unternehmer, der Wirtschaft und zuletzt, um die Sicherung der Wintersaison. Dazu war man im Westen sogar bereit, das vorher anscheinend mit der Hilfe der Polizei so gut funktionierende Contact Tracing aufzugeben, da man hoffte, wenn man die Erstkontakte (K1) nicht mehr testet, die berichteten Infektionszahlen geringer ausfallen und damit Reisewarnungen für den Besuch Österreichs wegfallen würden. Solange man die Mehrzahl der Fälle durch Contact Tracing und Clusteranalysen noch einzelnen Ausbruchsherden zuordnen kann, lässt sich auch gezielt reagieren: Lokale schließen, die Abstands- und Belüftungsregeln nicht einhalten, Chorproben in geschlossenen Räumen verbieten, aber Bereiche offen halten, in denen keine Infektionen nachgewiesen wurden. Das geht aber nur so lange, solange Cluster verlässlich nachverfolgt werden können. Mittlerweile weiß man bei 80% der Fälle nicht mehr, wo sie entstanden sind, die Infektionen sind außer Kontrolle, wir sind Weltmeister bei den täglichen Infektionszahlen und die Notbremse mit einem Lockdown war nicht vermeidbar.

Sind die positiven PCR-Tests, die ja jetzt als Basis für die Ausgangssperren und sonstige Maßnahmen des Lockdown gelten, wirklich eine gute Basis? Gäbe es eine andere Basis?

Die Basis zur Abschätzung der Entwicklung der Pandemie kann nur die Anzahl der positiven Fälle pro 100.000 Einwohner und das im Hinblick auf die Testanzahl sein. Gerade aber dieser Wert ist dramatisch hoch und seit dem Sommer vorhersehbar exponentiell angestiegen. Die doch einigermaßen aufwendigen und teuren PCR-Tests können weitgehend durch die nun verfügbaren Schnelltests ersetzt werden, die billiger sind und sofort Resultate ergeben. Wenn diese Tests negativ sind, so ist laut Berichten das Resultat zu 99,7% sicher, wenn sie positiv sind, zu 97% und dann wird es mit einem PCR Test abgesichert. Gerade für Infizierte am Beginn einer Infektion mit einer hohen Virenlast, die eine große Gefahr für ihre Umgebung darstellen, sind diese Schnelltest sehr nützlich, sie sollten aber im Abstand von mehreren Tagen wiederholt werden.

Wie aussagekräftig sind die PCR-Tests wirklich? Können PCR-Tests in Labors "angereichert" werden, sodass sie "positiv" werden - all das kursiert ja?

Wie gesagt sind sowohl die Schnelltests, aber erst recht der PCR-Test sehr sicher und das mit der "Anreicherung" hat den Hintergrund, dass im Zuge des Nachweises immer eine Anreicherung (Vermehrung der DNA) erfolgt und im Gegenteil dieser Vermehrungsfaktor ein wichtiger Indikator für die Virusbelastung und damit die Gefährlichkeit des Getesteten für seine Umgebung wäre. Das wird leider nicht oder nicht durchgängig dokumentiert. Die PCR-Tests sind natürlich auch ein riesiges Geschäft für die Hersteller und Labors, welches sie nicht gerne aufgeben und nicht an die Schnelltests abtreten möchten, die vielleicht von Sanitätern, Apothekern und ähnlichem medizinischen Personal durchgeführt werden könnten.

Sind jetzt wirklich mehr Menschen auf Corona-Intensiv-Betten als im März - gab es damals nicht auch ein Personalproblem?

Ja, es sind wesentlich mehr Corona-Patienten in den Spitälern auf Intensivstationen und wenn der Trend mit dem Lockdown nicht gebrochen wird, sind in etwa 2-3 Wochen noch wesentlich mehr zu erwarten (wenn heute 10.000 positiv getestet werden, landen davon in 2-3 Wochen ca. 500 im Krankenhaus und etwa 100 auf der Intensivstation und müssen dort auch einige Wochen lang behandelt werden).

Die Anzahl der Betten ist nur ein Kriterium, bei einer ansteckenden Krankheit kommt dazu, dass ein riesiger Hygieneaufwand betrieben werden muss (Isolation, Masken, ständiges Umziehen, Desin-

fektion usw.). Die Patientenbetreuung muss immer von gut eingespielten Teams durchgeführt werden, die sich in Schichten über 24h abwechseln, da permanentes Agieren und Reagieren auf die Zustände der Patienten erforderlich sind. In der Praxis sind nur Operationsteams mit den dazugehörigen Anästhesisten zu Intensivteams umzuschulen, diese fehlen dann aber in der Chirurgie bei Operationen. Das aus der Militärmedizin kommende Schreckwort "Triage" und das damit verbundene Selektieren und Zuordnen von Patienten für intensive medizinische Eingriffe, ist in der Notfallmedizin immer eine übliche Praxis. Man behandelt bei begrenzten Möglichkeiten die Patienten mit dem größten Bedarf und den besseren Erfolgschancen und das muss meist im Team, nach gewissen ethischen Rahmenbedingungen abgewogen werden, man beendet dann auch aufwendige Maßnahmen. Wenn jedoch die Häufigkeit dieser Entscheidungen groß wird, steigt auch die mentale Belastung der Behandlungsteams enorm, da bei der notwendigen, ganz intensiven Behandlung auch ganz starke Beziehungen zu den Patienten aufgebaut werden. Diese Belastungen in Intensiv-Stationen werden üblicherweise nicht sehr lange durchgehalten und die Erschöpfung und Fluktuation ist höher als in allen anderen Stationen



Wie weit wird Panikmache und Angstmache benutzt um politische Ziele wie noch mehr Überwachung und Gewöhnung daran durchzusetzen?

Die Politik ist durch schwere Versäumnisse und der Begünstigung bestimmter Gruppen (Wirtschaft, Unternehmer) an der Dynamik der Pandemie mitschuld und sie verhindert eine offene und vernünftige Diskussion und damit die offene Diskussion und Begründung von notwendigen Maßnahmen. Auf die dadurch entstehende Unsicherheit in der Bevölkerung springt sie dann auf und erhofft sich so als Trittbrettfahrer einen Machtgewinn. Die Regierung betreibt sowohl Angstmacherei mit den Menschen und macht ihnen auch falsche Hoffnungen auf baldige Besserung. Somit wird die Politik für viele Menschen unglaublich und erzeugt bei sehr

vielm Stress, was wieder eine erhöhte Krankheitsanfälligkeit und/oder direkt eine Erkrankung zur Folge hat. Die Ängste vor Krankheit, Verarmung durch Arbeitsplatzverlust und vor Tendenzen zum Überwachungsstaat überlagern einander, werden von der Regierung aber nicht aufgelöst, sondern durch widersprüchliche Maßnahmen, wie abwechselnde Verbreitung von Angst und Hoffnung, die prioritäre Behandlung der Profitinteressen vor den Gesundheitsinteressen und Schuldzuweisungen an die Bevölkerung gegeneinander ausgespielt. Auf Grund der Zahlen notwendige Maßnahmen kann und soll man nicht bekämpfen, aber die schamlosen Bestrebungen der wirtschaftlichen und politischen Corona-Gewinner muss man entlarven.

Ist der slowakische Weg der Durchtestung von 5 Millionen Menschen richtig, oder nur eine Show?

Das ist höchstwahrscheinlich nur eine Marketing-Show, denn mit einmaligen Massentests und damit einem Ausweis zur freien Mobilität ist natürlich nichts gewonnen, da es einerseits nur einen Momentanzustand belegt und die positiv getesteten dann zu Hause in Quarantäne den Rest der Familie infizieren. Wenn, dann müsste man das in kurzen Intervallen immer wieder durchführen und vor allem die Umgebung der Positiven weiter erfassen und testen. Der Aufwand an Logistik und Kosten wäre wohl sinnvoller für medizinisches Personal und Contact-Tracing einzusetzen. Auch unser Kanzler lässt jetzt trotz kritischer Experteneinwände solche Aktionen nach dem Lockdown, durchführen. Er erhofft sich durch diese populistische Maßnahme, die er offensichtlich zusammen mit dem slowakischen Präsidenten ausgeheckt hat, einen Gewinn an Zustimmung in der Bevölkerung, so dass mit 7.12.2020, pünktlich vor Maria-Shopping das große Einkaufen vor Weihnachten, vielleicht sogar mit Öffnungszeiten bis 22h und Sonntagsöffnung starten kann. Rühr-

selig wird das ein „Weihnachten, wie es in unserer christlichen Tradition“ üblich ist, genannt und der heilige Sebastian macht es möglich. In weiterer Folge gilt es natürlich die Wintersaison im Fremdenverkehr noch zu retten, denn die Seilbahngesellschaften, Hoteliers und Chalet-Investoren müssen ihre Profite machen (es geht nicht um die vorwiegend ausländischen Arbeitssklaven, die dabei mühsam ihr Brot verdienen).

Vernünftig sind nach einhelliger Expertenmeinung jedoch größere Schwerpunkttests mit Wiederholungen im Dreitagesrhythmus bei Personengruppen, die eine Gefahr für andere darstellen. In erster Linie Pflege- und Sanitätspersonal jeder Art, Grenz-Pendler und vielleicht auch Lehrer. Damit und mit dem Contacttracing könnte die Reproduktionszahl und die Kennzahl zur Clusterbildung entscheidend ins Positive gedreht werden. Gerade das Contacttracing wird bei den Massentests praktisch aufgegeben. Die geringe Brauchbarkeit von Massentests zur Pandemieeindämmung bewies Luxemburg. Dort hat man schon im Frühjahr Massentests durchgeführt und das kleine Land wies am 23.November mit 1.279 Fällen pro 100.000 Einwohner in 14 Tagen die höchste Inzidenz in Europa auf und muss einen totalen Lockdown einleiten.

Viel stärker entsteht der Verdacht, dass mit der „freiwilligen“ Testung, die aber z.B. bei Lehrern doch zu Sanktionen beim Dienst führen kann, nicht nur die Wintersaison im Fremdenverkehr in Westösterreich gerettet werden soll, sondern auch schon auf die „Freiwilligkeit mit Sanktionen“ bei der möglichen Impfung im kommenden Jahr verwiesen wird. Auch dabei wird wohl mit einer Kombination aus Angst vor der Krankheit oder möglichen Sanktionen bei Ungehorsam (Arbeitsplatzverlust) gearbeitet werden.



Agrarindustrie-Konzerne – die Herrscher über die Ernährung der Welt – und Covid-19

Agrarrohstoffe (=Landwirtschaftliche Produkte und Fleisch) sind ein besonders lukratives Geschäft!

Heute kontrollieren fünf Großkonzerne schon 70% des Welthandels mit Agrarrohstoffen.

Zur immer weiteren Ausdehnung ihrer Profite werden die letzten Wälder abgeholzt, riesige Landflächen bzw. die letzten von Kleinbauern bewirtschafteten Flächen abgekauft um noch größere, einheitliche Ländereien zum Bewirtschaften zu haben. Dadurch verlieren diese Flächen ihre funktionelle Vielfalt und Komplexität und das fördert u.a. das Überspringen von Krankheitserregern auf Tier und Mensch.

Viele Experten sind sich heute sicher, dass die große Agrarindustrie potentiell als Petrischale (Schale zur Kultivierung von Mikroorganismen) für die Entstehung und Verbreitung neuer Krankheiten fungiert. Insbesondere auch die Massentierhaltung erhöht das Risiko der Erkrankung der Tiere bzw. auch die Weitergabe von verschiedenen Viren an den Menschen. Die Tiere werden in riesigen Produktionshallen zusammengepfercht, ihre Immunreaktion ist geschwächt, ihre Virusübertragungsrate auf andere Tiere und deren Mutation steigt.

Selbst EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevicius sagte Anfang Mai u.a., dass "die Intensivtierhaltung eine große Rolle in der jüngsten Pandemie spielt. Es gibt auch starke Belege dafür, dass die Art und Weise, wie Fleisch produziert wird, und nicht nur in China, einen Beitrag zu Covid-19 geleistet hat" (Reuters).

Dennoch gibt die EU auch im gerade beschlossenen neuen 7-Jahresbudget weiterhin ungeheure 2/3 ihres gesamten Budgets für die Landwirtschaft und davon 80% wieder für die Agrargroßkonzerne aus. Das macht dann ca. 80 Milliarden pro Jahr aus. So ernst ist es dem EU-Umweltkommissar dann ja doch nicht mit seinen Worten.

Die kapitalistische Agrarindustrie weist wie erwähnt weltweit ungeheure Zuwachsraten auf. Tausende Schweine, Tausende Rinder, Millionen Hühner, die auf kleinstem Raum gehalten werden, erhöhen die riesigen Profite und erhöhen ebenso die Erkrankung der Tiere bzw. die Weitergabe von verschiedenen Viren an den Menschen. Für solche Profite nimmt das Kapital auch Virus-Pandemien in Kauf.

Als ein Beispiel: Tyson Foods, der größte fleischverarbeitende Konzern der USA, schlachtet jede Woche 35 Millionen Hühner, 424.000 Schweine, 130.000 Rinder, schneidet sie in Teile und verpackt sie und bietet sie dann in Supermärkten wie Walmart

oder Schnellimbissen wie McDonalds in über 100 Ländern zum Verzehr an. Der Konzern macht einen jährlichen Umsatz von ca. 42 Milliarden Dollar und beschäftigt ca. 122.000 Mitarbeiter. Jeder zweite Mensch auf der Welt isst Fleisch von Tyson Foods. Tyson Foods besitzt eine Anbaufläche von ca. 1,6 Milliarden Hektar. Tyson ist einer der größten Verschmutzer in den USA, allein zwischen 2010 und 2014 hat der Konzern 47.000 Tonnen toxischer Abfälle wie Gülle oder Düngemittel in US-Gewässer geleitet. 2016 hat der Konzern z.B. 118 Millionen Tonnen Treibhausgase emittiert.

Zweites Beispiel: Der US-Konzern Cargill ist der größte der 5 Agrargroßkonzerne, die zusammen rund 70% des Welthandels mit Agrarrohstoffen kontrollieren. Cargill mit einem Umsatz von weit über 120 Milliarden Dollar jährlich und ca. 150.000 Mitarbeitern, deckt die gesamte Vertriebskette zwischen Bauern und Detailhändlern ab, handelt mit landwirtschaftlichen Rohstoffen, betreibt Fleisch – und Verarbeitungsfabriken usw. Laut „Handelszeitung“ werden über Cargill-Schlachthöfe „etwa 25 Prozent des amerikanischen Fleischbedarfs zubereitet, Coca-Cola erhält von Cargill den Zucker, McDonald's die Eier“. Zudem kontrolliere Cargill ein Viertel des amerikanischen Getreideexports.

Cargills Geschäftspartner sind u.a Walmart, McDonald's, Burger King, Kellogg's, Nestle, Danone, Unilever, Tesco, Carrefour, Ahold Delhaize und die Hofer-Mutter Aldi.

Der Konzern hat von einer Umweltorganisation in den USA den Titel „Die schlimmste Firma der Welt“ erhalten. Es gibt umfangreiche Nachweise, die von Kinderarbeit über die Zerstörung von Regenwäldern und Nationalparks bis zur unrechtmäßigen Aneignung von Land bis hin zu Salmonellen - und Escherichia Coli-Ausbrüchen reichen.

Die drei anderen Konzerne, die den Welthandel mit Agrarrohstoffen beherrschen, sind Archer Daniels Midlands, Bunge, und Cofco.

Im profitablen Agrarbereich zeigen auch andere Sektoren eine ganz starke Konzentration. Den Weltmarkt für das gesamte Saatgut und die Pestizide auf der Welt beherrschen drei Konzerne (Bayer/Monsanto, DuPont-Dow und ChemChina-Syngenta).

Ebenso der Bereich Landmaschinen und Agrartechnik. Hier bestreiten drei Konzerne schon die Hälfte des Umsatzes auf der Welt, das sind

erstens der US-Konzern John Deere, zweitens CNH Industrial in Holland (gehört zu Fiat mit Steyr, Magirus, Iveco) und drittens der US-Konzern AGCO. Die Corona-Pandemie ist wie viele der früheren Pandemien letztlich eine Folge der Zerstörung der Natur, eine Folge der Zerstörung der natürlichen Lebensräume für Tier und Mensch, eine der vielen Folgen des kapitalistischen Profitstrebens. Nun dient die Pandemie den Regierenden auch in Österreich als idealer Vorwand u.a. alle Krisenfolgen wie die Arbeitslosigkeit aber auch die schon 2019

von der türkis /blauen Regierung beschlossene Arbeitszeiterhöhung (12 Stunden Tag / 60 Stunden Woche) zu legitimieren. Auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten soll nun wiederum umverteilt werden, nach dem Motto Gewinne privatisieren, Verluste verstaatlichen. Über 80% aller Corona-Hilfen kommen von unseren Steuergeldern und wieder kommt der Großteil der Milliarden (dzt. ca. 60 Milliarden Euro) den großen Konzernen zugute, die dann noch ihren Aktionären Dividende auszahlen und Entlassungen verkünden.

Atomwaffen-Verbotsvertrag



Am 24. Oktober hat der 50. Staat (Honduras) den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen unterzeichnet.

Damit tritt der Vertrag völkerrechtlich in drei Monaten in Kraft, Mit Wirkung vom 22. Jänner 2021 sind Atomwaffen völkerrechtlich verboten und sind von da an Atomwaffen völkerrechtlich mit den übrigen Massenvernichtungswaffen gleichgestellt, die in der Biowaffen- und Chemiewaffenkonvention 1971 bzw. 1993 geächtet wurden. Viele Anti-Kriegs- und Friedensinitiativen haben weltweit darauf hingearbeitet. *„Damit steigt der Druck auf die neun nuklear bewaffneten Staaten, neue Anstrengungen zur Abrüstung zu unternehmen. Dazu gehört auch die Zusage aus dem Atomwaffensperrvertrag, ihre Arsenale von knapp 13.000 Sprengköpfen vollkommen abzurüsten“*, so die ICAN Austria, der österreichische Zweig der weltweit aktiven **Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen**, in ihrer Presseaussendung.

Auch das offizielle Österreich rühmt sich dieses Erfolges und tatsächlich hat Österreichs Diplomatie daran stark mitgewirkt. Trotzdem muss man sagen, dass es insgesamt für die Herrschenden dieser Welt eine Schande ist, dass es nach den Atombombenabwürfen mit dem Tod und Leid Hunderttausender

Menschen 75 Jahre gebraucht hat, bis es zum Inkrafttreten eines solchen Vertrages kommt.

Für Österreich als neutrales Land gilt doppelt, sich nicht nur gegen Atomwaffen einzusetzen, sondern auch im „konventionellen Bereich“ sich nicht an Aufrüstung, bewaffneten Konflikten und Krieg zu beteiligen. Doch genau das machen seit Jahren österreichische Regierungen, etwa durch die Teilnahme an der EU-Militarisierung (PESCO), an den EU-Kampftruppen, an NATO-Projekten wie im Kosovo oder in Afghanistan.

Diese Teilnahmen widersprechen nicht nur offensichtlich der Neutralität Österreichs, sondern konterkarieren auch den jetzt in Kraft getretenen Atomwaffenverbotsvertrag. Denn sowohl EU-Staaten (z.B. Frankreich), aber auch Großbritannien und die USA, mit der Österreich in der „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ oder jetzt mit der USA-Nationalgarde kooperiert, haben Atomwaffen.

Nimmt Österreichs Politik den selbst betriebenen Atomwaffenverbotsvertrag ernst, muss es aus den Militär- und Kriegs-Kooperationen mit den EU- und anderen Atomwaffenstaaten genauso austreten wie aus dem EURATOM- und IAEA-Vertrag, die bis heute die sogenannte „friedliche“ Atomenergienutzung propagieren. Dabei ist klar, dass die zivile Atomnutzung aus der militärischen hervorging und die zivile Nutzung die Basis für Atombomben liefert.

Die Superreichen werden noch reicher, die arbeitenden Menschen verlieren ihren Job!

Das Vermögen der Fa. Signa, 85% der Firma gehören dem Milliardär Rene Benko, ist nun um 933 Millionen Euro höher bewertet worden, der Gewinn 2019 hat sich auf 838 Mio. Euro mehr als verdoppelt. Benkos Firma wird nun eine Rekorddividende von 201 Mio. Euro ausschütten. Zur Firma Signa Prime Selection gehören ja u.a. Luxuseinzelhandelsstandorte wie das KaDeWe in Berlin und das Goldene Viertel in Wien. Benko hat ja u.a. in den letzten Jahren die deutschen Warenhausketten Karstadt und Kaufhof billig gekauft. Das war und ist ein riesiges Geschäft. 2020 hat er dann von den 172 Warenhäusern schon 62 zu gesperrt und weitere 20 Sporthäuser. Ca. 6000 Menschen verloren ihren Job. Der Wert nur des Immobilienvermögens der Firma Signa beträgt derzeit nach deren eigenen Angaben 18 Milliarden.

Terroranschlag in Wien

Wir trauern mit den Opfern und verurteilen diesen Anschlag aufs Schärfste. Auffällig kurz war die offizielle Trauer der Politik.

Verdächtig kurz war die Berichterstattung über die vielen „zufälligen Fehler“ vor dem Anschlag. Sehr schnell, noch in der Nacht des Anschlages, gleich die „Lösungsvorschläge“ von Innenminister und Kanzler: noch mehr Polizei, Militär und Überwachungsstaat mit vorbeugender „Sicherungshaft“ für „Gefährder“ auf Lebenszeit. An Zynismus den Opfern gegenüber kaum zu übertreffen die Antwort des Kanzlers, dass man ohne die Fehler den Anschlag wahrscheinlich verhindern hätte können. Fehler, die jene Behörden (Polizei und BVT) gemacht haben, die jetzt noch mehr aufgerüstet werden sollen. Punkt. Schluss. Keine Diskussion. Übergehen zum Alltag mit Corona-Chaos, mit viel Propaganda und wenig Schutz, insbesondere für älteren Menschen und das Personal in Spitälern und Pflegeheimen.

Während Kurz und Nehammer vor dem IS warnen, versorgen sie Medien mit Fotos von vermummten Polizisten in voller Kampfmontur, grimmig kämpferisch, davor strahlend Kurz und Nehammer.

Das soll davon ablenken, dass die Behörden mit den bestehenden Informationen und Mitteln alles machen hätten können, um den Anschlag zu verhindern. Man gewinnt den Eindruck, dass direkt weggeschaut wurde, wenn man z.B. die Observation vor der Fahrt in die Slowakei zu den versuchten Waffenkäufen beendete, und dann, nach der Information der slowakischen Behörden über den versuchten Waffenkau, diesen Infos praktisch nicht weiter nachging. Oder wenn man dann einen Tag nach dem Attentat eine Großrazziashow abzieht, die mit dem Anschlag nichts zu tun hat. Wir haben ganz und gar nichts mit der Muslimbruderschaft am Hut, gegen die die Razzia durchgeführt wurde. Jedoch die Muslimbruderschaft ist weder verboten, noch als Terrororganisation eingestuft, aber dem ägyptischen Diktator-Präsident Al-Sisi, mit dem auch das offizielle Österreich enge Beziehungen unterhält, ein Dorn im Auge.

Was bleibt ist fatal: Österreichs Regierung und die Behörden nehmen Tote zum Anlass, um ihre Propaganda fortsetzen und den Überwachungsstaat weiter ausbauen zu können. Das haben zuvor schon die FPÖVP-Regierung und davor die Rot-Schwarzen Regierungen spätestens seit den Anschlägen von Paris 2015 immer wieder probiert, nämlich Gesetze durchzusetzen, die es erlauben, jemanden auch ohne Prozess und Urteil vorbeugend nur aufgrund seiner Gesinnung einzusperrern. Weiter gedacht bedeutet das: Wie jetzt pauschal „Islamisten“ gebrandmarkt werden, könnte dann mit solchen Gesetzen, die auch wie Kanzler Kurz es sagte, dann

in Zukunft jede „Ideologie“ verfolgt werden, jede/r, wie z.B. Betriebsräte, Gewerkschaften, Demonstrationsteilnehmer*innen, die/der z.B. gegen Missstände im Gesundheitswesen, gegen Sozialabbau, gegen Demokratieabbau demonstrieren oder gar wegen Zusperrern oder Kündigungen streiken, „vorbeugend“ in „Gewahrsam“ genommen, also eingesperrt werden. Wollen wir das? Wenn nicht, dann müssen wir lautstark gegen die geplanten Regierungsmaßnahmen im Namen von „Schutz der Demokratie vor Terror“ auftreten.

Der Terror, den die Herrschenden überall auf der Welt, so auch in Österreich durch ihren Krieg gegen die unteren Schichten und Armen führen, indirekt oder direkt politisch hervorbringen oder wie z.B. die USA den IS-Staat in Syrien direkt finanziell förderten (1), dient den Machthabern vor allem als Anlass, mit Angst und Schrecken die jeweils eigene Bevölkerung zu disziplinieren und einzuschüchtern, damit wir eher auch all die Folgen der Wirtschaftskrisen widerspruchslos hinnehmen.

Warren Buffett:

"Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen"

Quelle: https://de.wikiquote.org/wiki/Warren_Buffett; bzw. Zitiert bei Mika Hoffmann, Ferdinand Bertram und Oliver Janich. Warren Buffett - Milliarden-Macher. Focus-Money online 25.03.2004

Sir Peter Ustinov:

"Der Terrorismus ... ist ein Krieg der Armen gegen die Reichen. Der Krieg ist ein Terrorismus der Reichen gegen die Armen."

Quelle: https://de.wikiquote.org/wiki/Peter_Ustinov; bzw.: www.welt.de/print-welt/article689952/Der-Krieg-ist-der-Terrorismus-der-Reichen.html (22.4.2003)

(Anmerkung der Redaktion: Wobei man hier ergänzen muss, dass Terrorismus ebenfalls ein Krieg der Reichen gegen die Armen ist, aber über den Umweg der noch Ärmeren)

(1) Siehe der geheime Besuch des republikanischen Präsidentschaftskandidaten McCain beim IS-Führer Al Baghdadi im Jahr 2013; Quelle:

www.globalresearch.ca/did-john-mccain-meet-with-abu-bakral-baghdadi-the-alleged-head-of-the-islamic-state-isis-isil-daesh/5498177

(2) Generell zum Thema Terror siehe unseren Artikel anlässlich der Attentate in Paris im Jahr 2015 – auf unserer Homepage: www.atomgegner.at; bzw. unsere Zeitung Nr. 1/2015: [Aussendung-15-1.pdf](http://www.atomgegner.at/Aussendung-15-1.pdf)

Solidarität mit den M A N - Beschäftigten

- Die MAN Truck & Bus Österreich in Steyr ist dank der Arbeit der Beschäftigten profitabel!
- Die Arbeiter*innen und Angestellten dürfen nicht für die Fehler des Managements zum Handkuss kommen!
- Die Arbeiter*innen und Angestellten dürfen nicht für das Profitstreben und Missmanagements des Volkswagen-Konzerns geopfert werden!



5.000 Menschen bei der Protestdemonstration am 15. Oktober 2020 in Steyr.



**Damit die Profite stimmen:
Geld her oder Zusperrern –
oder beides**

Immer mehr große Betriebe in Österreich kündigen jetzt sehr viele Arbeiter und Angestellte. Damit bedrohen sie Tausende Familien und ganze Regionen in ihrer Existenz. So auch bei der VW-MAN in Steyr.

Volkswagen/MAN-Steyr ist ein profitabler Betrieb, hat Millionen an österreichischen Staatshilfen erhalten und will jetzt den ganzen Standort mit 2.300 Beschäftigten schließen, so BRV Erich Schwarz. Zudem wurde die Standortvereinbarung mit Jobgarantie bis 2030 vorzeitig einseitig von MAN gekündigt. Mit den radikalen Maßnahmen wollen die VW-Bosse das Ergebnis der VW-Tochter um rund 1,8 Mrd. Euro verbessern.

Der Umsatz der Münchner Konzernmutter Traton, die zum VW-Konzern gehört, macht 11 Mrd. Euro aus. Die Aktionäre erhalten eine 1/2 Mrd. Euro an Dividenden, die Vorstände 11 Mio. Euro.

Weiters sind in Steyr zuletzt noch 60 Millionen Euro in eine neue Lackiererei - die größte Lackieranlage Europas für Lkw-Kunststoffanbauteile - investiert worden. Geld spielt also keine Rolle!

Jetzt sollen nach Drohung des deutschen VW-Konzerns mit Standortschließungen, darunter auch Steyr, wieder Löhne gedrückt und öffentliche Gelder erpresst werden, damit die VW-Konzerngewinne gesichert sind. Ähnlich wie es die Lufthansa-Bosse bei der AUA machen.

„Mit den zahlreichen Zulieferbetrieben sowie der Bedeutung als Auftraggeber für viele andere Unternehmen wären bei einer Standortschließung mindestens 6000 Arbeitsplätze direkt betroffen oder akut gefährdet und tausende Familien in ihrer Existenz bedroht“, befürchten die Stadt- und Ortschaften von 23 Umlandgemeinden in einem Brief.

Doch das scheint die VW-Konzernleitung nicht zu beeindruckern, solange es keinen effektiven Widerstand gibt. Von der Österreichischen Bundes- und der OÖ-Landesregierung erhoffen sie sich durch diese Erpressung viele frische Millionen. Und welche Garantien geben sie? Und wenn, sind sie dann das Papier wert auf dem sie geschrieben sind? Wohl genauso nichts wie die jetzige vorzeitig gekündigte Standortvereinbarung.

Und die Hoffnung, ob die jetzt von MAN gekündigte Standortvereinbarung überhaupt rechtsgültig war, schwindet. Rechtsgültig wäre sie laut dem Juristen Elias Felten, Vorstand des Instituts für Arbeits- und Sozialrecht an der Linzer Johannes Kepler Universität nämlich nur, wenn es eine Vereinbarung zwischen Konzern und Gewerkschaft gäbe.

„Laut dem öö. Landesvorsitzenden und stv. Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft PRO-GE, Hans-Karl Schaller (auch Voestalpine-Konzern-BRV, sei der Standort- und Beschäftigungssicherungsvertrag allerdings ein Abkommen zwischen der MAN-Unternehmensleitung in Steyr und dem Betriebsrat. Es sei ein Deal gewesen, mit dem im Gegenzug die Arbeitszeiten in der Produktion flexibilisiert worden seien, betonte er.“ (Industriemagazin, 23. 9. 2020). **Das heißt, an echtem Widerstand und Kampf führt kein Weg vorbei!**

Gemeinsam und gestützt auf die eigene Kraft gegen die Zusperrern!

Unsere Stärke, Solidarität! Unsere Chance, Widerstand!

Keine Kündigungen, keine Schließung des MAN-Standortes!

Der strahlende Gugelhupf – regiert überall nur mehr Unvernunft?



Aus den abzuwrackenden AKWs in Deutschland soll nach Absicht der Betreiber und vor allem des Staates möglichst wenig Müll für die in naher Zukunft vorgesehene Endlagerung entstehen.

Wie? Große Mengen von mehr oder weniger strahlendem Material sollen „freigemessen“. Dieses Material ist entweder für die industrielle Weiterverwertung vorgesehen oder soll in ganz normale Deponien geschüttet werden dürfen.

Der Begriff „freigemessen“ klingt so harmlos, verschleiert aber die Gefahren, die durch das strahlende Material auf Deponien und im Wirtschaftskreislauf an gesundheitlichen Schäden in die Bevölkerung bringt. Dagegen ziehen Bürgerinitiativen zu Felde und stemmen sich gegen diese Vorgangsweise, weil sie sagen: Wenn am Rande von Siedlungen „freigemessener“ Müll aus AKWs gelagert und von Erdbau- und Entsorgungsbetrieben zerkleinert wird, ist zu befürchten, dass der mit radioaktiven Teilchen belastete Staub auch noch in zwanzig Kilometer Entfernung von solchen Anlagen zu finden wäre.

Der „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU) hat in einer aufwändigen Recherche Informationen über den heutigen und künftigen Verbleib „freigemessener“ Abfälle aus stillgelegten AKWs gesammelt. Rund fünfzig Deponien, Recyclinghöfe und Verbrennungsanlagen hat er ausgemacht. Manche Teile eines AKWs werden so in den allgemeinen Wirtschaftskreislauf eingespeist. Verstrahltes Material könnte dann „*unerkant und ohne unser Wissen in unserem Alltagsleben auftauchen*“, kritisiert der Ärzteverband IPPNW*:

„Es könnte uns beispielsweise in Kochtöpfen, Heizkörpern, Zahnsparagen, auf Kinderspielplätzen, im Straßenbelag oder auf Schotterwegen begegnen“.

Weiter der IPPNW, der den Verweis darauf, dass die „normale, natürliche“ Hintergrundstrahlung höher sei, als die des „freigemessenen“ Materials aus den AKWs, ablehnt, *„denn diese ist unvermeidbar, während es sich bei einem AKW um eine gefährliche und volkswirtschaftlich unsinnige Industrieanlage handelt, deren Bau man hätte vermeiden können“.*

Da der Staat an möglichst wenig strahlendem Material für die „notwendige und kostspielige Endlagerung“ interessiert ist, wird die „Freimessung“ nach Meinung der Bürgerinitiativen zu „großzügig“ gehandelt, mit dem oben zitierten Effekt. Dass der Staat kein Interesse an viel „endlagerbarem“ Material hat ist auch klar, denn 2017 hat er die Kosten für die Endlagerung übernommen, nachdem sich die AKW-Betreiber mit 24 Mrd. Euro davon freigekauft haben.

Die 24 Mrd. Euro konnten sie leicht aufbringen, haben sie doch durch Subventionierung des AKW-Baues, sowie des AKW-Stromes sehr, sehr viel verdient! Alles bezahlt von den Steuerzahlern, die auch ein Vielfaches der 24 Mrd. Euro für die geplanten Endlager aufzubringen haben! Ein „Arbeitsprogramm“ für tausende von Jahren!!!)

In der Bevölkerung herrscht auch in diesem Fall zu Recht ein großes Misstrauen gegenüber den Betreibern, weil diese immer schon eine Verdunkelung ihrer Politik betrieben und nicht ausreichend transparent kommuniziert haben. Und wieder einmal ist der Staat „gezwungen“ mit unserem Geld die Suppe auszulöffeln (die er allerdings mit eingebracht hat!) Alles in allem zeigt sich wieder einmal, dass die Herrschenden sich mit den Profitgeiern zur Profitmaximierung verbünden und es ist ihnen gleichgültig, wenn durch ihr eigentlich hinterhältiges Handeln die Gesundheit der Bevölkerung leichtsinnig aufs Spiel gesetzt wird. Das sind mafiöse Denkweisen und Strukturen, deren Machenschaften auf dem Rücken der Menschen zum Tragen kommen. Zu bezahlen haben das alles die arbeitenden Menschen, die in den Augen und im Denken der Herrschenden und Profiteure nur von ihrem erarbeiteten Geld her eine Rolle spielen! Die Würde des einzelnen Menschen ist ihnen egal. Sie gehen, wenn es für sie passt, über Leichen!

* IPPNW: „International Physicians for the Prevention of Nuclear War“ ist eine weltweit in 60 Ländern organisierte Vereinigung tausender Ärztinnen, Ärzte und Medizinstudenten zur Verhinderung von Atomkriegen.

Quelle: Publik Forum, Nr. 17, 2020 vom 11.9.2020

75. Jahrestag der schrecklichen Atombombenabwürfe der USA auf Japan

Atombomben und AKWs sind kriegerische Zwillinge

Die Atombombenexplosionen töteten insgesamt 100.000 Menschen sofort, an Folgeschäden starben bis heute weiter mehr als 130.000 Menschen. Statt abzurüsten, rüsten die Atommächte in den letzten Jahren wieder ihre Atomwaffenarsenale auf.

Die weltweite Profitwirtschaft bringt Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, Hunger, Atom- und Klimakatstrophen, Rüstung und Krieg mit sich. Der verstärkte Streit der Großmächte um Rohstoffquellen und Einflussphären in der Welt steigert die (Atom)Kriegsgefahr.

Aus der militärischen Atomnutzung (Atombomben) ging die hoch subventionierte, volkswirtschaftlich völlig unwirtschaftliche und tödliche Atomnutzung für Strom (AKW) hervor. Durch AKWs wiederum kann spaltbares Material für Atombomben hergestellt werden. Ein tödlicher Profit-Kreislauf.

Dass an Atomkraftwerken bis heute trotz ihrer katastrophalen Unfallgefahr und Unfallfolgen (siehe Tschernobyl oder Fukushima) festgehalten wird, hat vor allem damit zu tun, dass die Atom-Rüstungs-Konzerne AKWs für die Atomwaffenproduktion brauchen.

Zwar wird heute der Klimawandel als Problem erkannt, jedoch kein Wort darüber verloren, dass (Atom)Rüstung und Krieg die größten Zerstörer von Leben und Umwelt sind. AKWs werden von der Atomlobby sogar als „Ausweg“ aus der Klimakrise propagiert. Eine tödliche Lügenpropaganda!

Bereits vor 42. Jahren hat Österreichs Bevölkerung per Volksentscheid NEIN zur Atomenergie gesagt. Trotzdem zahlt Österreich für die Atomlobby-Organisationen EURATOM und IAEA (Internationale Atomenergie Agentur) jährlich Millionen Euro auf Kosten von Gesundheit und Frieden. Schluss damit – Österreich raus aus EURATOM und IAEA!

Die NATO beschreitet weiter den Weg der Ausweitung nach Osten und damit der Konfrontation mit Russland. Die EU ist auf dem Weg zur Kriegsunion. Das bedeutet eine Gefahr für Österreich und den Frieden in Europa. Österreichs Neutralität wäre da ein Friedensgarant.

Statt Militärausgaben zu erhöhen und sich als neutrales Land neutralitätswidrig an EU- und NATO-Militäreinsätzen im Ausland zu beteiligen, muss Österreich eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik betreiben und sofort aus allen Kriegsprogrammen der EU (z.B. PESCO - Permanent Structured Cooperation der EU, EU-Battlegroups, EU-Rüstungsagentur und EU-Aufrüstungsverpflichtungen) und der NATO (z.B. im Kosovo oder der NATO-Partnership for Peace-Programm) aussteigen.

Auslandseinsätze für die neue EU-Interventionsarmee bedeuten Neutralitätsbruch, das heißt Verfassungsbruch, Landesverrat. Das ist gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Österreicher. Nicht der Einsatz des Bundesheeres für westliche Profitinteressen der Konzerne erhöht unsere Sicherheit! Im Gegenteil. Das macht unser Land erst recht zur Zielscheibe.

Unter dem Vorwand, dass das Bundesheer bankrott sei, wird die Erhöhung des Militärbudgets auf 3 Mrd. Euro im Jahr gefordert, während für die durch die Wirtschaftskrise(kurz-)arbeitslos gemachten Menschen nur Lohnkürzungen und Teuerungen auf der Tagesordnung stehen.

Von der Verteidigung der Neutralität reden Regierung und Militärs gar nicht mehr, wie sich zuletzt gezeigt hat. Doch genau das wäre die Aufgabe des Bundesheeres, nicht Auslandsabenteuer! In Wirklichkeit soll Österreich unter der Hand an der Seite Deutschlands und der NATO dem „Schutz“ einer EU-Armee ausgeliefert werden. Das heißt: Österreich soll sich im Rahmen der Großmacht EU wieder an Aufrüstung und möglichen Kriegen beteiligen. Das ist brandgefährlich und neutralitäts- und verfassungswidrig.

Österreichs Erklärung zur immerwährenden Neutralität und die Erhebung des Neutralitätsgesetzes in den Verfassungsrang vor 65 Jahren war die Lehre aus zwei Weltkriegen: Nie wieder an der Seite von Großmächten in den Krieg ziehen. Das gilt heute in einer zunehmend kriegerischen Welt mehr denn je.

Die Neutralität ist nicht veraltet, sie ist für uns Menschen höchst aktuell und notwendiger denn je, um nicht wieder für fremde Großmachtinteressen in einen Krieg geschickt zu werden. Volksvertreter und Militärs müssen sich an Neutralität und Verfassung halten. Alles andere ist Verfassungsbruch und politischer Wählerbetrug!

Für ein neutrales Österreich ohne Atom und Kriegsbeteiligung!

www.atomgegner.at * www.prodemokratie.com * ggae@gmx.at

65 Jahre Neutralität



Heuer jährte sich am 26. Oktober die Erklärung der immerwährenden Neutralität Österreichs zum 65. mal. Gemeinsam mit dem Staatsvertrag ist das nach dem Hitlerfaschismus sozusagen die Basis der unabhängigen, neutralen, demokratischen Zweiten Republik Österreich.

Daher ist auch das Neutralitätsgesetz von 1955 bis heute im Verfassungsrang. Die Neutralität Österreichs ist die Lehre aus zwei Weltkriegen und bedeutet, dass sich Österreich nie wieder an Kriegen beteiligen will und darf und Österreicher*innen nie wieder für fremde Großmachtinteressen mitmarschieren, töten und sterben wollen und sollen.

Artikel 1 des Neutralitätsgesetzes sagt klipp und klar worum es nach wie vor geht und worum es gerade in einer Zeit zunehmender Krisen und kriegereischer Konflikte gehen muss:

- (1) *Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.*
- (2) *Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.*

Über 80 % der Österreicher*innen sind für diese Neutralität! Zurecht!

Denn in den letzten Jahrzehnten, insbesondere nach dem EU-Beitritt, wurde die Bedeutung der Neutralität von den Regierenden bestenfalls zu feierlichen Anlässen wie dem Nationalfeiertag am 26. Oktober bemüht. Ansonsten wurde die Neutralität von den Herrschenden tatkräftig unterlaufen durch u.a. Zulassung von NATO-Militärdurchfahrten und -überflügen (z.B. im Zuge des völkerrechtswidrigen Krieges gegen und der Zerstörung von Jugoslawien 1991), durch Beitritt zur „NATO-Partnerschaft für den Frieden“, durch Ausverkauf für die wirtschaftliche Eigenständigkeit wichtiger Industrien (Stichwort: staatliche, staatsnahe und verstaatlichte Betriebe wie voestalpine, AUA, OMV usw.), durch Einbindung in die EU-Mili-

tarisierungs- und Aufrüstungspolitik wie „Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik“ (GASP); Teilnahme an den EU-Battlegroups, an EU-Auslandseinsätzen, durch den Beitritt zu PESCO, das ist das milliardenschwere EU-Projekt zur Aufrüstung, Militarisierung und Kriegsfinanzierung der EU mit dem Ziel einer EU-Militär-Großmacht bis hin zur eigenständigen EU-Atomkraft oder durch die erst in diesem Sommer beim Besuch von US-Außenminister Pompeo mit den USA vereinbarten Kooperation des österreichischen Bundesheeres mit der US-Nationalgarde, also der US-Inlands-Bürgerkriegsarmee, die zuletzt wieder in den USA gegen US-Bürger eingesetzt wurde, die gegen die Tötung von Schwarzen durch die US-Polizei demonstrierten.

Während von der Neutralität nicht mehr viel geredet wird, hat schon im Vorjahr Verteidigungsminister Starlinger das Ende des Bundesheeres an die Wand gemalt, wenn bis 2030 nicht 16 Mrd. Euro fließen („Unser Heer 2030“). Klaudia Tanner, ab heuer Verteidigungsministerin, tut zwar so als wolle sie das Heer „abrüsten“ und nur mehr für Katastrophenschutz oder zur Cyberabwehr einsetzen und nennt das „Das Heer rüstet sich für neue Bedrohungsbilder“ (Kurier, 25.10.2020). Klar, das Bundesheer hat bei der Bevölkerung im Falle der Hilfe bei Katastrophen oder bei der Unterstützung bei Covid-19 im Frühjahr und jetzt für die Durchführung von Massentests und bei den künftigen Impfungen ein hohes Ansehen. Das will die Ministerin ausnutzen, um dahinter ganz andere Pläne zu forcieren. Denn wie sie selbst sagt, hat das Heer mit 2,67 Mrd. Euro für 2020 das höchste Budget aller Zeiten. Und in den kommenden Jahren soll noch mehr Geld fließen. Wofür?

Das Bundesheer sollte zur Verteidigung der Neutralität im Falle des Falles da sein. Österreich wird von niemandem bedroht und wir bedrohen auch niemanden. Gefährlich ist jedoch die Teilnahme Österreichs an den EU-Vorhaben zur Aufrüstung und Kriegsbeteiligung wie sie der EU-PESCO-Vertrag vorsieht, dem Österreich 2017 beigetreten ist. Auf dem 24. Europaforum am 6. November 2020, wo es darum ging wie „Europa zu seiner militärischen Stärke findet“, schwärmte Ministerin Tanner von der PESCO-Beteiligung. Und der ÖVP-EU-Abgeordnete Lukas Mandl malte aus, welch großen wirtschaftlichen Vorteil Österreichs Wirtschaft von so einer

Rüstungskoopeation habe. Unter dem Deckmantel von Katastrophenschutz manövrieren uns Kurz, Tanner, Schallenberg mit ihren grünen Beiwagerln in die nächste Katastrophe, in die Beteiligung an Aufrüstung und Kriegen einer EU-Militärgrößmacht. Das alles widerspricht ganz eindeutig der Neutralität Österreichs. Genau das zu verhindern, war der Sinn der Erklärung der immerwährenden Neutralität, nie wieder für Großmacht-

und Konzernprofite in Kriege zu ziehen. Die Neutralität ist aktueller und notwendiger denn je. Klären wir über die hinterhältigen Pläne von Regierung und Konzernen auf, treten wir dagegen auf. Verteidigung von Österreichs Unabhängigkeit und der Neutralität JA, Teilnahme an Aufrüstung und Militarisierung, an Kriegsvorbereitung und Kriegsteilnahme – NEIN!

Weiterführende Beiträge:

Von Österreich geht keine Kriegsgefahr aus

www.atomgegner.at/wp-content/uploads/2020/11/HP_Von-Österreich-geht-keine-Kriegsgefahr-aus.pdf

Tarnen und Täuschen

www.solidarwerkstatt.at/medien/diskussion-briefe/bundesheerdebatte-tarnen-und-taueschen

„Unser Heer 2030“ - 16 Milliarden für das Bundesheer?

www.atomgegner.at/wp-content/uploads/2019/09/Aussendung-zu-Minister-Starlinger-2.pdf

Schweinestau!!!

Ein gleichermaßen ätzendes und verharmlosendes Wort macht die Runde: der „**Schweinestau**“.

Hunderttausende Tiere, so heißt es, stünden in diesem „Stau“ – oder, wie es ein Lobbyverband formulierte: Sie „**warten auf ihre Schlachtung**“.

Bis Weihnachten sollen gar eine Million Schweine im „Schweinestau“ stecken.

Die Corona-Pandemie und die Afrikanische Schweinepest – bringen gerade ein gnadenlos durchrationalisiertes System ins Wanken, das im Normalfall darauf ausgelegt ist, allein in Deutschland Jahr für Jahr **mehr als 50 Millionen Schweine** zu zerteilen und zu Bratwurst zu verarbeiten. Doch weil jetzt große Schlachthöfe nur eingeschränkt oder gar nicht arbeiten, herrscht **echte Not**: Mastbetriebe wissen nicht, wohin mit „schlachtreifen“ Schweinen – und Ferkelerzeuger nicht, wohin mit ihren Ferkeln. In vielen Ställen drängen sich deshalb viel zu viele, viel zu groß gewordene Tiere auf ohnehin schon viel zu engem Raum, und neue Ferkelwürfe stehen bevor. Doch wie kam es zu dem Schlamassel? Wegen Corona dürfen viele der Riesen-Schlachthöfe unter den nötigen Hygieneauflagen nur noch eingeschränkt arbeiten und nach massenhaften positiven Testergebnissen unter Arbeitern mussten sie teilweise ganz schließen. Zudem haben wegen der afrikanischen Schweinepest rund um den Globus

wichtige Absatzländer wie China den Import von deutschem Schweinefleisch gestoppt.

Tönnies, jener milliardenschwere Fleischkonzern, der wie kaum ein zweiter in der Kritik steht, dass er seine Massenware auf Basis von fragwürdigen Arbeitsbedingungen zu Billigst-Preisen in den Markt drückt, ist dabei ein herausragendes Beispiel. Allen Klagen über Ausbeutung von Menschen und miserable Tierhaltungsstandards zum Trotz:

Als der Konzern seinen größten Schlachthof aufgrund von Corona-Fällen vorübergehend schließen musste, sah ein offensichtlich konzernorientierter NRW-Staatssekretär absurderweise den Tierschutz in Gefahr, wenn Tönnies nicht bloß schnell seine Tore wieder öffnen könnte.

Fehlte nur noch der Zusatz: Um die ungeduldig auf ihre Schlachtung wartenden Schweine reinzulassen...

Kürzlich wurde im TV ein österreichischer Fleisch-Großhändler gezeigt, der im Falle der Absage der Ski-Wintersaison die Vernichtung hunderter Tonnen eingefrorenen Fleisches ankündigte, da die Lagerkosten zu hoch würden. Ein Großteil davon stammt wahrscheinlich auch von Tönnies.

Quelle : [Newsletter \(foodwatch.de\)](http://Newsletter(foodwatch.de))

Japan

Fukushima

Unter Billigung der japanischen Regierung hat die Betreibergesellschaft der explodierten Atomreaktoren, TEPCO, begonnen, die angekündigte Einleitung von radioaktiv verseuchtem Wasser ins Meer vorzunehmen. Entgegen aller Beteuerungen

der japanischen Atommafia, letztlich den Super-Mega-GAU von 2011 im Griff zu haben und bewältigen zu können, ist dies das fatale Eingeständnis, dass die Atombetreiber keinen Ausweg kennen, als Mensch und Umwelt weiter zu verseuchen. Aber alle Atombetreiber und ihre politischen Handlanger reden von der „nachhaltigen“ Atomenergie. Nachhaltig ist nur der Profit für einige Wenige und die Gesundheits- und Lebensgefahr für Mensch, Tier und Umwelt.

Großbritannien

„Strahlend“ zur „Grünen Revolution“

Großbritanniens Regierungschef hat nun die „Grüne Revolution“ ausgerufen.

Im Zuge dieser sollen bis 2030 keine Verbrennungsmotoren mehr zugelassen werden. Klingt „klimafreundlich“, doch der Haken folgt auf dem Fuß. Gelingen soll das durch noch mehr Ausbau der Atomkraft. Wohl kein Zufall, dass erst vor kurzem der EuGH dem gerade aus der EU eilendem Großbritannien noch ein Abschiedsgeschenk machte und die staatliche Förderung des AKW Hinkley Point C und somit von weiteren AKWs für rechtens beurteilte. Das nützt wie wir bereits in unserer letzten Aussendung analysiert haben natürlich nicht nur Großbritannien, sondern vor allem der gesamten verbleibenden EU-Atomlobby in der

internationalen Konkurrenz der Atommafia. Und Großbritannien fackelt nicht lange. Neben dem Bau von Hinkley Point C, soll in Südengland ein neues AKW errichtet werden, aber auch ein Netz von Mini-AKW. Das ist lebensgefährlich für die Menschen, aber profitabel für Rolls-Royce. Dieser Konzern, der bei manchen noch als Hersteller „gediegener“, sprich sauteurer Autos für die Oberklasse der Gesellschaft in Erinnerung ist, erwartet ein strahlendes Geschäft: Rolls-Royce führt ein Konsortium an, das in den kommenden Jahren 16 solcher AKWs in Großbritanniens Midlands und im Norden in Modulbauweise zu je 440 MW zum Preis von 2 Milliarden Pfund (= ca. 2,2 Mrd. Euro) errichten will.

Quelle: Die Presse, 19.11.2020

Deutschland

Atomausstieg: Noch mehr Steuermilliarden für Atomkonzerne

In Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht das dortige Atomausstiegsgesetz als nicht verfassungskonform aufgehoben und somit für ungültig erklärt.

Als Begründung galt den Höchststrichern, dass die deutsche Regierung den Zeitplan nicht eingehalten hätte und für die Atomkonzerne „unzumutbare“ Bedingungen gestellt hätte wie z.B., dass diese, bevor sie für den Atomausstieg Entschädigungszahlungen bekämen, zuerst ihre „Reststrommengen“ ernsthaft einem Käufer angeboten haben müssen. Weiters wurde geurteilt, dass die Regierung den Zeitplan der Umsetzung nicht eingehalten oder sogar verabsäumt hätte, womit das Atomausstiegsgesetz, insbesondere der Passus mit den „Entschädigungszahlungen“ hinfällig sei. Kommentatoren großer deutscher Wirtschaftszeitungen werfen der Regierung „Schlamperei“ vor.

Ob die deutsche Regierung wirklich so „schlampig“ war, um dieses Gesetz ordentlich und zeitgerecht umzusetzen, oder ob es „zufällig“ nicht zur rechtzeitigen Umsetzung kam und die Politik durch ihre Verzögerungstaktik ein willkommener Handlanger der Atommafia ist, darüber mögen sich die Leser*innen selbst ein Urteil bilden. Fakt ist, schon seinerzeit war den Atomstromkonzernen der ausgehandelte 24 Mrd. Euro Entschädigungs-Deal,

spricht die einmalige Abschlagszahlung der Atomkonzerne zu hoch. Dabei müssen dadurch die nachfolgenden Generationen auf Jahrhunderte die Gefahren und die viel, viel höheren Kosten der Atommülllagerung usw. tragen. Durch das Höchstgerichtsurteil sollen jedenfalls den Atomstromkonzernen wie Vattenfall oder RWE weitere 6 bis 7 Milliarden Euro zugeschanzt werden. Das macht den „Atom-Ausstiegs-Deal“ für die Konzerne noch billiger und die früheren Atomprofite haben sie längst eingestrichen. Den Schaden trägt die Allgemeinheit. Aber nicht genug damit, andere Atombetreiber nutzen das Urteil dazu, den Atomausstieg, der in Deutschland für 2021/2022 beschlossen ist, überhaupt rückgängig machen zu wollen (siehe z.B. Die Zeit, 16.7.2020, Stoppt den Atomausstieg).

Das Gerichtsurteil schiebt den Atomkonzernen nicht nur weitere Milliarden zu, sondern gibt den Atombetreibern Rückenwind. Die Atomkonzerne selbst stellten sich im Zuge der Klimakatastrophe gerne als „grüne“, „CO₂-freie“, „saubere“ Zukunftstechnologie dar. Solche Umweltfreunde sind uns ganz und gar nicht grün.

Quellen: Die Welt, Süddeutsche Zeitung, 12.11.2020; Die Zeit, 16.7.2020

Achtung Satire – gefakte Fake-NEWS – Achtung Satire!

Der Quanten-Faßmann.

Man hätte unserem Bildungsminister Faßmann nach einigen Schwächen beim Verständnis für Exponentialfunktionen, so hohe Kenntnisse in der Quantentheorie nicht zugemutet. Er erfand die Schrödinger-Schule, die gleichzeitig offen und geschlossen ist, mit Lehrern, die zur selben Zeit in den Klassenräumen und zu Hause sind und die da wie dort Schüler belehren, die sowohl in der Schule also auch zuhause anwesend sind. Also Phänomene, die über die Katze Schrödingers, die nur sowohl tot, als auch

lebendig ist, weit hinausragen. Wie bei Schrödinger ergibt sich die Wirklichkeit erst, wenn man in die Schule hineinschaut. Dort findet man verzweifelte Direktor*innen, eventuell mit ebenso verzweifelten Administrator*innen, die weinend stammeln: Wir können diese Erkenntnisse der atomaren Physik nicht in den Schulalltag übersetzen, bei uns leben ja glücklicherweise noch alle und sind auch nicht hirntot.

*

Keine Fördergelder für innovatives Startup-Unternehmen!

Das Ansuchen für die Förderung eines Unternehmens zur Herstellung von handgeschöpftem WC-Papier mit Wunschmonogramm aus großzügig gespendeten Gebrauchtkleidern von Millionärshäusern wurde leider abgelehnt. Trotz der Anerkennung des pandemiebedingten Bedarfs für diesen innovativen Gebrauchsartikel wurde die Förderung mit der Begründung zurückgewiesen, dass laut Antrag nicht vorgesehen war das handgeschöpfte Büttenpapier türkis einzufärben und die Wunschmonogramme in grüner Farbe zu drucken. Damit würden die enormen Leistungen der Regierung für die notwendigsten Bedürfnisse der Bevölkerung in

der Pandemie nicht genügend gewürdigt und deshalb sei der Antrag negativ zu bescheiden. Als aufstrebende Jungunternehmer lassen wir uns aber dadurch nicht entmutigen. Wir werden in einem neuen Antrag nicht nur die türkise Färbung des WC-Büttenpapiers und die grüne der Wunschmonogramme einbringen, sondern darüber hinaus jedes Blatt mit dem Bild eines Regierungsmitglieds und dem Logo einer wohltätigen Spenderfirma bedrucken. Wir hoffen damit allen außergewöhnlichen Leistungen unserer Würdenträger gerecht zu werden.

No Job is Finished Until the Paperwork is Done!

*

RETTET DIE SEKTIERER!

Ein Pressesprecher der bekannten Firma Schlumpftaler bestätigte Verhandlungen mit der Bundesregierung bezüglich der Einführung einer Sektsteuer. Wegen des Ausfalls von Bällen, Faschingsveranstaltungen und der Wintersaison in den Apre-Skiregionen, habe der Sektkonsum einen Tiefstand erreicht und die Sektindustrie leide bittere Not. Die zuständige Ministerin hat die Einhebung

einer Steuer auf das **Wiener Wasser** vorgeschlagen. Seinerzeit wurden ja im Roten Wien mit der Sektsteuer Gemeindewohnungen errichtet und es ist nun höchste Zeit von den unbelehrbaren SPÖ-Wählern in Wien einen entsprechenden Beitrag für die notleidende Wirtschaft zurück zu fordern.

RECHTSDREHENDER SEKT - VERKAUF AB KELLER

Jede Flasche wurde vom Inhaber persönlich mit der RECHTEN HAND immer wieder nach RECHTS gedreht bis jegliche links-linken Gärungen eliminiert waren.



10% Rabatt für alle Identitären, FPÖ-Mitglieder und andere RECHT(S)SCHAFEN(D)EN

Achtung Satire – gefakte Fake-NEWS – Achtung Satire!

Will die EU in Österreich ein Endlager für hochradioaktiven AKW-Atommüll erzwingen?

Die EU-Kommission eröffnet gegen Österreich in Sachen Atommüll ein Vertragsverletzungsverfahren, weil es kein nationales Programm für die Entsorgung radioaktiver Abfälle (NEP) aufgestellt hat.

Die entsprechende EU-Richtlinie 2011/70/Euratom sieht nicht nur die „sichere Entsorgung“ radioaktiven Abfalls aus Medizin, Forschung, Industrie und Landwirtschaft, sondern **auch die Endlagerung von Atommüll aus AKWs in Österreich vor!** Dabei hat Österreich bekanntlich kein AKW, weil die Bevölkerung 1978 per Volksentscheid die Atomnutzung abgelehnt hat!

Die österreichischen Regierungen wollten schon vor dem EU-Beitritt Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre ein Atommülllager in Österreich errichten. Geplant war ein Tiefenlager, das man nur für hochradioaktiven Atommüll aus AKWs braucht. Mit dem Schmach, dass es nur um Spitalmüll ginge, wollte man das den Österreicher*innen aufzwingen. Die Bevölkerungen aus den damals 16 von den Behörden ins Auge gefassten Standorten, die sich in der „Bürgerinitiative gegen Atommülllager in Österreich“ (BIGA) zusammenschlossen, leisteten massiven Widerstand, sodass die Atomlobby und ihre politischen Handlanger die Pläne fallen lassen mussten und eine Entscheidung auf 2022 verschoben. Die Atomgegner*innen zeigten schon damals auf, dass nach einem EU-Beitritt die EU-Atomlobby Atommüll auch in Österreich lagern will.

Vor zwei Jahren hat die österreichische Regierung in einer Nacht- und Nebelaktion versucht, einen Atommülllager-Plan durchzudrücken. Viele Umweltorganisationen und Atomgegner*innen, darunter auch die BIGA, haben dazu Stellung genommen.

Auch wir „Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“ haben in unserer Stellungnahme unter anderem gefordert (1):

- Sofortige Beendigung einer neuerlichen Atommüllagersuche
- Die Regierung braucht nicht und darf nicht die genannte „EU-Richtlinie 2011/70/Euratom“ als Vorwand nehmen, gegen den erklärten Willen der Bevölkerung ein Atommülllager in Österreich zu errichten.
- Es besteht keine Notwendigkeit für ein Atommüll-„Endlager“ in Österreich! Es gibt nur einen kleinen „Forschungsreaktor“ im Wiener Prater. Das dort anfallende hochradioaktive Material muss an den US-Lieferanten zurückgeliefert werden.
- Statt Atommüllagersuche in Österreich – Austritt aus IAEA und Euratom!



Wir brauchen kein und wir dürfen kein Atommülllager für hochradioaktiven Abfall in Österreich haben! Die Regierung darf jetzt auch nicht die EU als Ausrede verwenden, der Bevölkerung ein Atommülllager aufzuzwingen.

Aber vielleicht will die Regierung genau das: Mit der EU-Vertragsverletzungs-Drohung als Ausrede, auch der heimischen Industrie durch die Errichtung eines Atommülllagers in Österreich schmutzige Atomgeschäfte ermöglichen und weiterhin der internationalen Atomlobby (IAEA) in Wien und Seibersdorf/NÖ auf Steuerzahlerkosten im imageträchtigen AKW-freien Österreich Sitz und Geld bieten.

Entsprechend dem Atom-NEIN-Volksentscheid muss sich die österreichische Regierung aber vehement gegen die Begehrlichkeit der EU-Atomkonzerne widersetzen, wurde doch den Österreicher*innen vor dem EU-Beitritt hoch und heilig versprochen, dass uns die EU nichts in Sachen Atom aufzwingen kann. Lassen wir uns nicht einschüchtern und es im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung auf die „Vertragsverletzung“ ankommen. Oder will die Atommafia zur „Vertragserfüllung“ des EURATOM-Richtlinien-Diktats gar EU-Battlegroups nach Österreich schicken? Gesundheit und der demokratische Anti-Atom-Volksentscheid müssen mehr gelten als die Profitinteressen der tödlichen Atomlobby!

Unsere gesamte Stellungnahme ist abrufbar unter: [www.http://atomgegner.at/wp-content/uploads/2020/11/Atommüll_GGAE_NEP_Mai_2018.pdf](http://atomgegner.at/wp-content/uploads/2020/11/Atommüll_GGAE_NEP_Mai_2018.pdf)

Tschechien

Dukovany

Im tschechischen Dukovany, nur 35 km von Österreichs Grenze entfernt, soll ein fünftes AKW errichtet werden.

Geld spielt auch in der Krise scheint's keine Rolle: Umgerechnet 6 Mrd. Euro sind dafür vorgesehen. Vorerst. Denn wie man aus allen anderen AKW-Projekten weiß, steigen die Kosten im Laufe der Zeit rapide an, und die Steuerzahler*innen zahlen für die Profite der Energiekonzerne. Aber wer glaubt, dass dafür wenigstens die alten Dukovany-AKW geschlossen werden, der irrt. Die Laufzeit der vor 35 bzw. 33 Jahren gebauten anderen 4 AKWs wurden vor 4 bzw. 3 Jahren auf unbestimmte Zeit verlängert.

Wir wissen schon: Unsere Politiker, besonders gerne die in Niederösterreich, aber auch die grüne Umweltministerin, werden wieder protestieren und lautstark eine „Umweltverträglichkeitsprüfung“ verlangen, aber sonst nichts unternehmen.

Dabei könnten Österreichs Politiker ein wirkliches Zeichen setzen gegen die internationale Atomlobby: Einstellung aller Zahlungen an EURATOM und IAEA und Austritt aus diesen Lobby-Organisationen für den Atomprofit.

*

Online-Ringvorlesung der Uni-Wien

Rüstungsforschung und Perspektiven für eine Zukunft ohne Krieg

Noch bis 20. Jänner 2021, jeden Mittwoch von 18.30 bis 20.00 Uhr

Der Vortrag „**Österreichs Neutralität als wichtiger Friedensbeitrag und die Rolle von Gewerkschaften**“ der „Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“ fand am 9. Dezember 2020 statt.

Der Link zur Online-Teilnahme:

<https://lists.riseup.net/www/info/stuggeru.vo>

Personen können sich über diesen Link zum Verteiler anmelden. Hier werden Vorbereitungsunterlagen und Links zu den Online-Videokonferenzen geteilt. **Wer sich anmeldet und im Verteiler ist, kann auch alle Vorträge nachhören.**

Österreichische Post AG

SP 20Z042140 S

Gewerkschafter gegen Atomenergie
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Wir wünschen unseren Leser*innen erholsame Festtage, Gesundheit und alles Gute für 2021!

*Mit kollegialen Grüßen, „Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“*

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW; **Empfänger*in:**

Gewerkschafter gegen Atomenergie,

Verwendungszweck: Spende

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida

Datenschutzerklärung siehe:

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum/



www.atomgegner.at

